Keles gg. Deutschland

Urteil vom 27.10.2005

Kammer III

Bsw. Nr. 32.231/02

Ausweisung wegen wiederholter Verkehrsdelikte

Art. 8 EMRK

Sachverhalt:

1972 wanderte der Bf. im Alter von zehn Jahren nach Deutschland ein. 1984 heiratete er in der Türkei, 1986 wurde sein erster Sohn geboren. Drei Jahre später zogen seine Frau und sein Kind zu ihm nach Deutschland. Zwischen 1990 und 1993 gingen drei weitere Söhne aus der Ehe hervor. Der Bf. und seine Frau verfügen über eine dauernde Aufenthaltsberechtigung. Der Bf., seine Frau und alle vier Kinder sind türkische Staatsangehörige.

Zwischen 1989 und 1996 wurde der Bf. sechs Mal vom Amtsgericht Lörrach wegen diverser Verkehrsdelikte, Körperverletzung bzw. Widerstands gegen die Staatsgewalt zu Geld- bzw. Freiheitsstrafen verurteilt. Am 11.2.1998 verurteilte ihn das Amtsgericht wegen Trunkenheit im Verkehr zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe. Nach Abweisung seines Rechtsmittels durch das Landgericht Freiburg wurde der Bf. am 17.9.1998 inhaftiert.

Am 22.1.1999 ordnete das Regierungspräsidium Freiburg die Ausweisung des Bf. an. Angesichts der wiederholten Verurteilungen des Bf. stellte die Behörde fest, dass anzunehmen wäre, er werde auch in Zukunft ähnliche Straftaten begehen, und dass sein kriminelles Verhalten eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle. Ein dagegen erhobener Einspruch des Bf. wurde vom Regierungspräsidium am 11.2.1999 zurückgewiesen. Das Verwaltungsgericht Freiburg wies einen Antrag auf eine einstweilige Aussetzung seiner Abschiebung ab und bestätigte am 2.11.1999 die Ausweisungsentscheidung. Auch ein Rechtsmittel an den Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg blieb erfolglos.

Die Verfassungsbeschwerde des Bf. wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 15.2.2002 nicht zur Entscheidung angenommen.

Am 3.5.1999 wurde der Bf. in die Türkei abgeschoben, drei Wochen später reiste er illegal wieder nach Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Nachdem sein Asylantrag abgewie-

sen worden war, wurde er am 12.8.2003 neuerlich in die Türkei abgeschoben.

Rechtsausführungen:

Der Bf. behauptet eine Verletzung von Art. 8 EMRK (hier: *Recht auf Achtung des Familienlebens*).

Zur Zulässigkeit der Beschwerde:

Die Regierung behauptet, der Bf. habe nicht alle innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft, da er seine Verfassungsbeschwerde erst nach Ablauf der Frist eingebracht und nicht ausreichend begründet hätte.

Art. 35 Abs. 1 EMRK verlangt, dass die später vor dem GH geltend gemachten Beschwerdepunkte den zuständigen innerstaatlichen Gerichten vorgelegt wurden und zwar wenigstens der Sache nach und in Übereinstimmung mit den Formvorschriften und Fristen des innerstaatlichen Rechts. Die Nichterschöpfung der innerstaatlichen Rechtsbehelfe kann einem Bf. jedoch nicht entgegengehalten werden, wenn das zuständige Gericht die Beschwerde trotz einer Verletzung der Formvorschriften der Sache nach geprüft hat.

Der Bf. hat in seiner Verfassungsbeschwerde das bisherige Verfahren dargelegt und eine Verletzung seines Rechts auf Achtung des Familienlebens geltend gemacht. Damit hat er dem BVerfG seine Beschwerde der Sache nach vorgelegt. Das BVerfG hat seine Entscheidung, die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung anzunehmen, nicht begründet. Es gibt keinen Hinweis dafür, dass das BVerfG die Formvorschriften als verletzt erachtete. Der GH kann nicht darüber spekulieren, warum das BVerfG die Beschwerde nicht zur Entscheidung annahm.

Der Bf. hat damit alle innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft. Da die Beschwerde auch nicht offensichtlich unbegründet ist und kein anderer Unzulässigkeitsgrund besteht, erklärt sie der GH für **zulässig** (einstimmig).

Zur behaupteten Verletzung von Art. 8 EMRK:

Es steht außer Streit, dass die Ausweisungsentscheidung gegen den Bf. einen Eingriff in sein Recht auf Achtung des Familienlebens begründete. Dieser war gesetzlich vorgesehen und verfolgte ein berechtigtes Ziel, nämlich die öffentliche Sicherheit und die Verhütung von Straftaten.

Zu prüfen bleibt, ob der Eingriff notwendig in einer demokratischen Gesellschaft war. Der GH muss feststellen, ob ein gerechter Ausgleich getroffen wurde zwischen dem Recht des Bf. auf Achtung des Familienlebens auf der einen und den Interessen der öffentlichen Sicherheit und der Verhinderung von Straftaten auf der anderen Seite. Der Bf. ist kein Immigrant der zweiten Generation, da er erst im Alter von zehn Jahren nach Deutschland kam. Angesichts dieses relativ jungen Alters wird der GH die Notwendigkeit des Eingriffs dennoch anhand von Kriterien prüfen, die jenen ähnlich sind, die er in Fällen anwendet, die Immigranten der zweiten Generation betreffen.

Zur Art und Schwere der vom Bf. begangenen Delikte stellt der GH fest, dass er in den zehn Jahren, die seiner Ausweisung vorangingen, acht Mal wegen Straftaten verurteilt wurde, davon viermal wegen Verkehrsdelikten. Der GH anerkennt die Gefährlichkeit solcher Delikte für den öffentlichen Straßenverkehr, misst jedoch der Tatsache Bedeutung bei, dass die beiden einzigen verhängten Freiheitsstrafen nur fünf bzw. sechs Monate betragen. Der GH würdigt auch das entschlossene Vorgehen der Behörden gegen Fremde, die sich bestimmter Delikte, wie etwa Drogenhandel, schuldig gemacht haben. Die vom Bf. begangenen Straftaten fallen jedoch nicht in diese Kategorie.

Zur persönlichen und familiären Situation des Bf. ist festzustellen, dass er zum Zeitpunkt der Ausweisungsentscheidung vom 22.1.1999 bereits seit 27 Jahren in Deutschland lebte. Er kam im Alter von zehn Jahren nach Deutschland und erhielt hier einen Teil seiner Schulbildung. Er war zumindest zeitweise berufstätig und verfügte seit 1988 über eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung. Zwar folgte ihm seine Frau erst 1989 nach, doch lebte die Familie danach seit zehn Jahren zusammen in Deutschland und es spricht nichts gegen ein tatsächlich bestehendes Familienleben.

Auf der anderen Seite ist der GH nicht davon überzeugt, dass der Bf. dem Land, in dem er die ersten zehn Lebensjahre verbrachte, derart entfremdet ist, dass er nicht mehr in der Lage wäre, sich in der Türkei zurecht zu finden. Schließlich heiratete er seine türkische Frau in der Türkei, wo auch ihr erster Sohn geboren

wurde. Der Bf. muss zumindest bis 1989, als seine Frau und sein Sohn zu ihm zogen, gewisse Beziehungen zur Türkei unterhalten haben. Auch kann angenommen werden, dass er mit der türkischen Sprache vertraut ist.

Zur Frage, ob von der Familie des Bf. erwartet werden könnte, ihm in die Türkei zu folgen, stellt der GH fest, dass alle Familienmitglieder türkische Staatsbürger sind. Da die Frau des Bf. zehn Jahre vor Erlass der Ausweisungsentscheidung als Erwachsene nach Deutschland kam, ist anzunehmen, dass sie ausreichende Verbindungen hat, die ihr eine Reintegration in die türkische Gesellschaft erlauben würden.

Die vier Söhne des Bf. wurden in Deutschland geboren bzw. kamen in sehr jungem Alter hierher, wo sie auch ihre Schulbildung erhielten. Selbst wenn sie türkisch sprechen, wären sie in der Türkei angesichts der Unterrichtssprache und des unterschiedlichen Lehrplans in türkischen Schulen mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert.

Schließlich stellt der GH fest, dass das mit der Ausweisung verbundene Verbot der Wiedereinreise nicht befristet wurde.

Der GH kommt zu dem Schluss, dass die Ausweisung des Bf. als solche möglich war. Angesichts der Umstände dieses speziellen Falles, insbesondere der Art der von ihm begangenen Straftaten, der Dauer seines rechtmäßigen Aufenthalts, der Tatsache, dass er über eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung verfügte, und der Schwierigkeiten, mit denen seine Kinder in der Türkei konfrontiert wären, kommt der GH zu dem Schluss, dass der unbefristete Ausschluss vom Gebiet Deutschlands das Recht des Bf. auf Achtung seines Privat- und Familienlebens verletzt. Daher liegt eine **Verletzung von Art. 8 EMRK** vor (einstimmig).

Entschädigung nach Art. 41 EMRK:

Der Bf. stellte keinen Antrag auf Zuerkennung einer gerechten Entschädigung.

Vom GH zitierte Judikatur:

Gül/CH v. 19.2.1996

⇒NL 1996, 41; ÖJZ 1996, 593.

Mehemi/F v. 26.9.1997

⇒NL 1997, 228; ÖJZ 1998, 625.

Dalia/F v. 19.2.1998

⇒NL 1998, 57; ÖJZ 1998, 937.

Jakupovic/A v. 6.2.2003

⇒NL 2003, 25; ÖJZ 2003, 567.

Radovanovic/A v. 22.4.2004

⇒NL 2004, 87; ÖJZ 2005, 76.

Üner/NL v. 5.7.2005

⇒NL 2005, 185.

Czech